

Unsere Vielfalt stärken!

Die geschlechtliche Identität und sexuelle Orientierung sind wesentliche Aspekte der Persönlichkeit eines jeden Menschen. Deren freie Entfaltung ist Grund- und Menschenrecht und muss staatlich geschützt werden. Wir werden nicht nachlassen, solange queere Menschen staatlich oder gesellschaftlich diskriminiert werden: Der Zustand des Rechtsstaats zeigt sich daran, ob Grundrechte für alle Menschen gelten – und ob Grundrechtsverletzungen auch behoben werden, wenn davon nur eine einzige Person betroffen ist. Wir halten dagegen, wenn Grundrechte von queeren Menschen mehr und mehr relativiert werden.

Hass und Hetze dürfen sich in unserer Gesellschaft nie wieder durchsetzen!

SPD Fraktion im
Bundestag



Unsere queerpolitische Zwischenbilanz:

- Wir haben ein modernes Selbstbestimmungsgesetz beschlossen.
- Das diskriminierende Blutspendeverbot für queere Menschen haben wir endlich abgeschafft.
- Das Diskretionsgebot haben wir abgeschafft und durchgesetzt, dass queere Geflüchtete im Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan berücksichtigt werden.
- Das Sanktionenrecht haben wir überarbeitet. Queerfeindliche und frauenverachtende Tatmotive können jetzt vor Gericht explizit strafverschärfend gewertet werden.
- Wir ändern das Bundespolizeigesetz: Bei Durchsuchungen und Unterbringungen wird damit besser auf trans*, inter und nicht-binäre Menschen eingegangen.
- Wir bekämpfen Queerfeindlichkeit und Hasskriminalität: Dafür haben wir den nationalen Aktionsplan „Queer Leben“ auf den Weg gebracht.

Wir sind dran. Für Euch.

- Wir reformieren das Völkerstrafrecht: Die systematische Verfolgung von queeren Menschen soll für Verantwortliche aus allen Teilen der Welt in Deutschland jetzt strafrechtliche Konsequenzen haben.
- Mit der Reform des Abstammungs- und Kindschaftsrechts stärken wir die Rechte und die Anerkennung von Regenbogenfamilien und beenden ihre rechtliche Diskriminierung.
- Wir beteiligen uns intensiv und besonnen an einem Diskurs zum Thema Leihmutterschaft.
- Wir führen die Verantwortungsgemeinschaft ein: Damit schaffen wir die Grundlage für die rechtliche Absicherung von Wahlfamilien und allen Menschen, die Verantwortung füreinander übernehmen wollen.
- Wir sorgen mit der Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes für einen besseren Schutz vor Diskriminierung.
- Wir wollen den Gleichbehandlungsartikel des Grundgesetzes um ein Verbot der Diskriminierung von queeren Menschen ergänzen.
- Wir wollen beim Verbot von Konversionsbehandlungen und von geschlechtszuweisenden Operationen an intergeschlechtlichen Säuglingen nachsteuern.